

Stenographischer Bericht

43. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

27. Februar 1926.

Inhalt:

Auflage: Die Beilagen Nr. 137—139 und das Verzeichnis Nr. 27 der schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (1011).

Zuweisungen: Immunitätsangelegenheit Huber (1011); Die aufgelegten Beilagen Nr. 137—139 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (1011).

Verhandlungen: 1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Erlassung eines Budgetprovisoriums bis 31. März 1926. — Dringliche Behandlung (1011). — Berichterstatter Spak (1011). — Annahme des Antrages (1011).

2. Mündlicher Bericht des Finanz- und des Eisenbahnausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 133, betreffend die Finanzierung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg. — Dringliche Behandlung (1011). — Berichterstatter Schreckenthal (1012 u. 1017). — Redner Winkler (1012), Roth (1014), Dr. Oberegger (1015), Gföller (1015), Senz (1016). — Annahme des Antrages (1017).

Anträge: Riemelmoser, Zingl, Senz, Zl. 523, betreffend die Regelung des Fischereiwesens im Lande Steiermark (1023).

Anfragen: Regner, Aust, Wallisch, Nr. 91, an den Landeshauptmann, wegen der Verwendung von Gendarmerie anlässlich der Versammlungen des Nationalrates Dr. Seipel in Bruck, Judenburg und Knittelfeld (1011). — Dringliche Behandlung (1011). — Begründung Regner (1017). — Beantwortung Dr. Rintelen (1018). — Redner: Wallisch (1019), Winkler (1020), Steiner (1020), Aust (1020), Dr. Rintelen (1021).

Leichin, Gföller, Nr. 92, an den Landeshauptmann, betreffend die Weinzollhinterziehung durch das Stift St. Lambrecht unter Beihilfe des Präsidenten der Landesfinanzdirektion Dr. Pflieger (1011). — Dringliche Behandlung (1011). — Begründung Leichin (1022). Beantwortung Dr. Rintelen (1023).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten vormittags.

Präsident: Das Bezirksgericht Hartberg hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Karl Huber zugestimmt wird. Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen werden.

Über Antrag der Obmännerkonferenz beantrage ich, im dringlichen Wege auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen:

Als Punkt 1: Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Erlassung eines Budgetprovisoriums bis 31. März 1926.

Als Punkt 2: Mündlicher Bericht des Finanz- und des Eisenbahnausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 133, betreffend die Finanzierung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg.

(Die Dringlichkeit wird beschlossen.)

Es liegen mir weiter vor zwei dringliche Anfragen.

Dringliche Anfrage der Abg. Regner, Aust, Wallisch und Genossen an den Herrn Landeshauptmann wegen der Verwendung von Gendarmerie anlässlich der Versammlungen des Altkanzlers Doktor Seipel in Bruck, Judenburg und Knittelfeld.

Dringliche Anfrage der Abg. Leichin, Gföller und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Weinzollhinterziehung durch das Stift St. Lambrecht unter Beihilfe des Präsidenten der Finanzlandesdirektion Dr. Pflieger.

Die beiden Anfragen entsprechen in formeller Beziehung den Anforderungen der Geschäftsordnung. Ich werde dieselben am Schlusse der heutigen Tagesordnung zur Verhandlung bringen.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 137 bis 139 und die im Verzeichnisse Nr. 27 angeführten schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Beilage Nr. 137 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse.

Beilagen Nr. 138 und 139 dem Finanzausschusse.

Ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge:

Einlaufzahl 510 dem Finanzausschusse.

Einlaufzahl 515 dem Fürsorgeausschusse.

Einlaufzahlen 516, 517 und 518 dem Straßen- und Brückenbauausschusse.

(Die Zuweisung wird beschlossen.)

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung.

Punkt 1 ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Erlassung eines Budgetprovisoriums bis 31. März 1926.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Spak.

Berichterstatter Spak: Hohes Haus! Der Finanzausschuss hat sich in den letzten Wochen eingehend mit der Beratung der einzelnen Kapitel des Landesvoranschlages befasst und konnte trotz emsiger Arbeit mit der Beratung nicht fertig werden. Aus diesem Grunde habe ich im Namen des Finanzausschusses folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Die Landesregierung wird ermächtigt, in der Zeit vom 1. März bis 31. März 1926 die Landesabgaben nach den bestehenden Vorschriften einzubehalten und die notwendigen Landesausgaben auf Rechnung des festzustellenden Landesvoranschlages für das Jahr 1926 zu bestreiten.“

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 2 ist der

mündliche Bericht des Finanz- und des Eisenbahnausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 133, betreffend die Finanzierung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Schreckenthäl.

Berichterstatter **Schreckenthäl:** Hohes Haus! Ich habe namens des Finanzausschusses zu berichten über Beilage Nr. 133, beinhaltend die Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Finanzierung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg. Wir haben in den Jahren nach dem Zusammenbruche über eine Reihe von Vorlagen hier namens des Finanzausschusses zu berichten gehabt, es ist dies aber die erste Vorlage, wo es sich darum handelt, eine Lokalbahn, eine Bahn in Steiermark, zu bauen. In der Friedenszeit ist ja in Bezug auf den Bau von Bahnen in Steiermark das Möglichsste geschehen, ich möchte jedoch nicht sagen allzuviel. Es gibt heute noch eine Reihe von Gebieten, welche ohne jede Bahnverbindung sind. Ich verweise auf die Verbindung mit der Kärntner Ostbahn, in Obersteiermark sind noch einige Projekte, es ist aber nicht dazu gekommen, daß diese Projekte zu Landesbahnen ausgebaut worden sind. Heute haben wir eine Vorlage, welche vom Landtage die Zustimmung zur Durchführung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg verlangt. In der Vorlage selbst finden die Mitglieder des hohen Hauses ja die genaue Begründung. Ich möchte vor allem hervorheben, daß es sich hier darum handelt, eine Bahn auszubauen, die bereits während des Krieges bis Kilometer 4·3 durchgeführt wurde durch die Militärverwaltung, da in Feldbach das große Lager gewesen ist. Es wurde aber nicht nur die Bahnstrecke in der Länge von 4·3 Kilometern ausgebaut, sondern es wurde auch die Brücke über die Raab gebaut, so daß für dieses Objekt, welches seinerzeit viele Kosten verursacht hat, heute nicht mehr die Mittel aufgebracht werden müssen. Die Bahn soll gehen von Feldbach nach Gleichenberg, sie soll also ein Gebiet erschließen, welches heute noch keine Bahnverbindung besitzt. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir nach dem Friedensvertrage von St. Germain als Kurorte nur mehr Gastein und Gleichenberg behalten haben. Gleichenberg ist ein Kurort, der von Lungenkranken und von Patienten, die an Respirationsorganen erkrankt sind, aufgesucht wird, Gleichenberg ist ein Kurort, der weit über die Grenzen des Landes bekannt ist. Außerdem ist das Attraktionsgebiet für diese Bahn ein bedeutendes, wenn man darangehen kann, einzelne Stiche des Gnaser Beckens auszubauen. Die Finanzierung ist in der Weise gedacht, daß der Bund, das Land und die Interessenten Beiträge geben, und hat der Bund bereits seinen Beitrag mit 45 Prozent als erste Rate in das Budget des Jahres 1927 eingestellt. Das Land hat den gleichen Beitrag zu geben und die Interessenten sollen 10 Prozent aufbringen. Nachdem das Land derzeit nicht über die Mittel verfügt, seinen Anteil bar einzuzahlen, ist daran gedacht, eine Obligationsanleihe aufzunehmen, welche vom Lande

garantiert ist und für deren Verzinsung die Effekten des Landeseisenbahnfonds als Sicherstellung zu dienen haben.

Der Finanz- und der Eisenbahnausschuß haben sich eingehend mit der Frage beschäftigt und wurde dieselbe sogar im Finanzausschuß und im Eisenbahnausschuß einstimmig zum Beschlusse erhoben. Ich bitte daher das hohe Haus, den Antrag, welchen die Landesregierung unterbreitet, anzunehmen, welcher lautet (liest):

„Unter der Voraussetzung, daß der Bund 45 Prozent der Baukosten für die Vollendung der Teilstrecke Feldbach—Gleichenberg der projektierten Bahnlinie Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg übernimmt, die Lokalinteressenten einen Beitrag von 10 Prozent übernehmen, erklärt sich das Land Steiermark bereit, einen 45prozentigen Beitrag zu leisten. Die Landesregierung wird, insofern budgetförmige Mittel nicht zur Verfügung stehen, ermächtigt, diesen Beitrag in der Weise zu beschaffen, daß für durch die Lokalbahn aufzunehmende Anleihen bis zum Höchstbetrage von Nominal 3·5 Millionen Goldschilling, beziehungsweise den Gegenwert in fremder Valuta, das Land die Garantie als Bürge und Zahler übernimmt und hierfür die Effekten des Landeseisenbahnfonds als Sicherheit bestell.“

Ich bitte das hohe Haus nochmals, diesen Antrag anzunehmen. Es wird mit der Annahme dieses Antrages die Möglichkeit geschaffen werden, daß in Bezug auf Bahnbauten in Steiermark wieder etwas geschieht und insbesondere in der heutigen schweren Zeit, wo wir so viele Arbeitslose haben, ist dadurch die Möglichkeit gegeben, daß wieder Arbeitslose produktiv beschäftigt werden.

Winkler: Hohes Haus! Ich möchte als Landes-Eisenbahnreferent namens der Landesregierung die Ausführungen des Herrn Berichterstatters noch ganz besonders unterstreichen. Der Landtag von Steiermark hat sich das letzte Mal mit diesem Projekte im Jahre 1914 beschäftigt und wäre es zweifellos damals zur Ausführung dieses alten Projektes gekommen, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre. Warum der Landtag sich heute mit dieser Vorlage beschäftigt, die zweifellos unter den vielen Lokalbahnprojekten eine Bevorzugung dieses Projektes darstellt, geht aus folgendem hervor.

Diese Bahn ist eine bereits angefangene Bahn. Es handelt sich hier nur um eine Fertigstellung; und deswegen, weil neue Bahnen nur gebaut werden können, wenn die Bundesregierung zustimmt, nachdem die Mittel des Bundes herangezogen werden müssen und eine Lokalbahnvorlage für ganz Österreich noch nicht erstellt worden ist, erscheint es notwendig, zu erklären, daß diese Fertigstellung auch einen Vorzug innerhalb des Bundes und durch die Bundesregierung genießt. Der Nationalrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß vor allem die begonnenen Bahnlinien in Österreich fertiggestellt werden müssen. Es ist in Ausführung die Fertigstellung der Bahnlinie Ruprechtshofen—Gresten in Niederösterreich und zweitens soll, durch den Bund subventioniert der Bahnbau Feldbach—Gleichenberg

zur vollständigen Beendigung gelangen. Die Bedeutung dieses Bahnbaues — es handelt sich um eine wirtschaftliche Vorlage — beruht darin, daß auch die Landesregierung auf dem Standpunkte steht, daß Bahnen und vor allem die Verkehrswege überhaupt die Grundlage jeder Landeskultur bilden und kein Land ist so wenig durchzogen von Bahnlinien wie Steiermark, und deswegen weist auch Steiermark die meisten Lokalbahnprojekte auf. Es handelt sich hier vor allem, wenn diese Bahn zur Ausführung gelangt, um die Hebung des Kurortes Gleichenberg und des Fremdenverkehrs überhaupt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Bahn eine außerordentliche Belebung des Kurortes und Fremdenverkehrs herbeiführen wird. Aber auch die Förderung der Landwirtschaft und der bäuerlichen Interessen des großen Kessels von Gleichenberg, des Poppendorfer und des Gnaser Tales wird von eminenter Bedeutung sein, weil es außer Zweifel steht, daß die Landwirtschaft dieses Gebietes, die landwirtschaftliche Produktion dieses dicht bevölkerten Gebietes in einer außerordentlichen fruchtbaren Lage, eine Stärkung, eine Erhöhung erfahren wird, weil dadurch, wenn der Bahnbau gelingt, wenn die Bahn ausgeführt wird, erst der Anreiz für eine Erhöhung der Produktion gegeben ist, erst dann die Verwertung der Erzeugnisse der Landwirtschaft dieses Gebietes möglich ist. Aber nicht zuletzt, hohes Haus, handelt es sich bei dieser Vorlage, die von größter Bedeutung ist für das ganze Land, auch um zwei wirtschaftliche Momente anderer Natur: um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung unserer Industrie. Wir haben auf dem Gebiete des Baugewerbes eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Wenn der Bahnbau in Angriff genommen wird, dann werden beiläufig 1500 Menschen beim Bahnbau beschäftigt werden. Wir bekämpfen dadurch in wirksamster Weise die Arbeitslosigkeit, weil wir Arbeit schaffen. Wir beschäftigen aber auch durch große Bestellungen in bezug auf das zu verwendende Material unsere heimische Industrie, unsere Eisen- und Elektrizitätsindustrie. Es ist aus der Vorlage zu entnehmen, daß wir uns geeinigt haben, diese Bahn mit elektrischer Traktion zu führen, weil es nunmehr möglich ist, die elektrische Energie durch den Ausbau des Steweagneßes im Raabtale und in den benachbarten Tälern aufzubringen. Wir werden die Bahn nicht mit kalorischer Kraft, sondern elektrisch betreiben. Dadurch wird auch eine Verbilligung des Bahnbaues eintreten, weil wir in bezug auf den Tunnelbau bedeutende Reduktionen in den Baukosten möglich machen. Wir werden durch Bestellungen an die Industrie auch indirekt auf diesem Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dieser Industriezweige beitragen.

Hohes Haus! Die Finanzierungsfrage war ursprünglich von Grund auf nicht leicht, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Landeshaushalt keine abnormale Belastung durch eine solche wirtschaftliche Frage trägt. Wir mußten uns daher vor Augen halten, daß ein anderer Weg, eine andere Methode der Finanzierung vom Standpunkte des Landes gegangen werden muß. Die Baukosten einschließlich der Grundeinführung, Projektverfassung, elektrischer In-

stallation und Fahrbetriebsmittel betragen zirka 86 Milliarden Kronen oder 8.6 Millionen Schilling. Da ist auch eine kleine Baureserve inbegriffen. Wir haben den Aufbau der Finanzierung in folgender Weise durchgeführt, indem wir Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge heranziehen, weil wir der Auffassung sind, daß für eine solche wirtschaftliche Betätigung dieser Fonds in erster Linie für die Beitragsleistung in Betracht zu ziehen ist. Die Beiträge der Arbeitslosenfürsorge haben wir nach Schichten und Leistungen mit 720.000 Schilling berechnet. Das Land Steiermark wird einen kleinen Teil auch in Stammaktien zu zeichnen haben, wir haben angenommen einen Betrag von 600.000 Schilling, wozu ich mir noch zu bemerken erlaube, daß das Land schon für die Projektverfassung und für die Vorarbeiten bisher bedeutende Auslagen gehabt hat, die eingerechnet werden müssen. Es kommt weiter dazu ein zehnprozentiger Beitrag der Lokalinteressenten, Bezirk, Gemeinden und Privatinteressenten und ein Beitrag des Bundes in Form von Stammaktien im Betrage von 3.6 Millionen Schilling. Der nun verbleibende Rest, der auf die Quote des Landes entfällt, hätte entweder durch Zahlung von Barbeiträgen des Landes, durch Stammaktien erfolgen müssen. Dieser Weg war nicht beschreibbar, weil unser Landesbudget eine solche Belastung nicht vertragen würde. Wir haben daher den Weg gewählt, daß das Land die Garantie für die von der Lokalbahn auszugehenden Obligationen übernimmt. Wir werden aus diesen Obligationen einen Betrag von 2.8 Millionen Schilling einlösen, u. zw. hauptsächlich dadurch, daß die Bauunternehmer, denen der Bau zugesprochen wird, den größten Teil der Obligationen zu übernehmen und zur Placierung zu bringen haben. Wir glauben, daß durch diese Methode die finanziellen Mittel bereitgestellt werden können, und es ist in der Richtung alle Vorsorge getroffen, daß nicht neue Zwischenfälle eintreten können. Die Rentabilitätsberechnung, die amtlich angestellt wurde, hat ergeben, daß bei einer elektrischen Traktion Felzbach—Gleichenberg auch dieser Teil der Strecke allein eine Rentabilität abwerfen und daß der Überschuß zweifellos genügen wird, um den Zinsendienst für die Obligationen aufzubringen. Es war ja immer eine Voraussetzung für alle Faktoren, den Bahnbau dadurch zu ermöglichen, daß die Rentabilität gegeben erscheint. Wir haben aber auch die Hoffnung, daß, wenn der Bahnbau durchgeführt ist, die Produktion auf der Bahn, die Verfrachtung, jene Ziffern übersteigen wird, die wir angenommen haben, und daß er den Betriebsüberschuß im Laufe der Jahre — das zeigen die Erfahrungen bei allen Bahnen — noch zu steigern möglich ist.

Das alte Projekt, hohes Haus, — ich werde auch auf diesen Punkt zu sprechen kommen — Felzbach—Gleichenberg—Radkersburg, ist derzeit nicht ausführbar, weil sich die Verhältnisse geändert haben, weil jene große Parallellinie, die vor dem Kriege zu der Südbahn gedacht war, unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei Änderung der Staatsgrenze nicht möglich ist und weil andererseits die Mittel unter den momentanen finanziellen Verhältnissen nicht aufbringbar

sind, um das ganze Projekt durchzuführen und zu vollenden. Wir wurden vor die traurige Tatsache gestellt, entweder den einen Teil auszuführen, oder auf das ganze Projekt zu verzichten. Ich erkläre es auch an dieser Stelle und wir haben es auch in der Vorlage ausgeführt, es handelt sich um eine Teilstrecke des alten Projektes, an dem wir festhalten, daß, wenn die Entwicklung der Verhältnisse es gestattet, wir selbstverständlich für die Fortsetzung der Murtallinie eintreten werden.

Ich erlaube mir, hohes Haus, das zu sagen, um die Ausführungen des Herrn Berichterstatters und die schriftlich gegebenen Ausführungen der Landesregierung in der Vorlage noch ganz besonders zu unterstreichen. Ich verweise heute besonders daraufhin, ich kann sagen, mich erfüllt heute eine ganz besondere Befriedigung, daß der hohe Landtag in der Lage ist, zu einem großen wirtschaftlichen Projekte seine Zustimmung zu geben, welches Projekt vielleicht den Auftakt geben wird, den Bau von Lokalbahnen auf der ganzen Linie etappenweise in Angriff zu nehmen. Wir haben noch eine Reihe sehr wichtiger und bedeutsamer Projekte in der Steiermark, die der Inangriffnahme harren. Wir haben große Landesteile ganz besonders in der Ost- und Weststeiermark, die dieser wichtigen Verkehrswege noch entbehren müssen und darunter wirtschaftlich außerordentlich leiden. Ich habe das Gefühl, daß uns die Bewilligung des Antrages, die einstimmige Zustimmung des Landtages, ich schöpfe diese Hoffnung ja aus der Mitwirkung in den Ausschüssen, vielleicht in die Lage versetzt, auch auf diesem Gebiete nunmehr eine wirklich aufbauende Arbeit für unser Land und die Republik leisten zu können.

Verehrte Damen und Herren! Wenn wir heute auch in diesem hohen Hause erklären, daß wir nun unsererseits, seitens des Landes, unsere Pflicht gegenüber diesen Bahnbauprojekten erfüllen und erfüllen werden, daß nunmehr der Weg freigegeben ist, diesen Bahnbau ernstlich in Angriff zu nehmen, so gibt es noch eine ganze Reihe von Vorarbeiten, eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, aber ich habe die Hoffnung und ich kann das namens der Landesregierung erklären, daß in absehbarer Zeit, wenn nicht alle Zeichen trügen, die Bahn ihrer Vollendung entgegensehen wird. (Beifall.)

Roth: Hohes Haus! Die Gegend von Felzbach, Gleichenberg, Gnas, Jagerberg, St. Peter, St. Stefan ist sehr fruchtbar, ist ein Hügel land und eine Gegend, die sehr viele Sehenswürdigkeiten und Schönheiten hat. Der Wert der Gegend kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß dort eine Landwirtschaft und Gewerbe treibende Bevölkerung sich befindet, die von jeher an Fleiß, Eifer und Arbeitsfreude nichts zu wünschen übrig ließ. Besonders, hohes Haus, ist die bäuerliche Bevölkerung dort in dem Gebiete von Felzbach, Gleichenberg und Umgebung jederzeit bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen gegenüber dem Lande und dem Bunde. Es befindet sich in dieser Gegend auch ein sehr rühriger Gewerbe- und Handwerkerstand. Auch diese beiden Stände sind sehr fleißig, tätig und tüchtig, und man muß sagen, daß in dieser Gegend noch das gute alte Handwerk blüht und gedeiht und daß man immer bestrebt ist, soviel herzustellen und zu erzeugen, daß alle,

die die Gegend kennen, nur erstaunt sein müssen, daß in der jetzigen schweren Zeit noch so viel Arbeitsfreude und Arbeitsgeist herrschen kann. Insbesondere, hohes Haus, ist auch noch zu erwähnen, daß der Fremdenverkehr sich von Felzbach nach Gleichenberg ergießt. Gleichenberg ist der einzige Kurort des übriggebliebenen großmächtigen Staates Österreich. Es ist daher unbedingt notwendig, daß man diesen Kurort hebt und pflegt. Deshalb war es schon ein lange gehegter Wunsch der Bevölkerung, daß endlich eine Bahn dieses Gebiet durchkreuze, damit diesem großen Kurorte, der im Bunde Österreich der einzige ist, die Fremden leichter zufließen können. Hohes Haus! Seit 1876, also seit 50 Jahren, — man kann sagen, daß heuer ein Jubeljahr ist — wird schon an der Sache gearbeitet und wird getrachtet, die Durchführung des Bahnbaues zu erreichen. Sehr viele Männer, die heute bereits nicht mehr am Leben sind, von der Gegend Felzbach, Gleichenberg, Gnas und Umgebung, haben sich fest eingesetzt seit der ganzen Zeit, um den Bahnbau zu verwirklichen, aber es war immer nicht möglich, und endlich jetzt heißt es, daß doch eine Verwirklichung Platz greifen wird. Die Erfüllung dieses Wunsches der Bevölkerung von Gleichenberg, Felzbach und Umgebung erfreut mich besonders aus dem Grunde, weil ich derzeit der Vertreter der dortigen Bevölkerung im Landtage bin.

Meine Herren! Ein Vertreter einer von der Bahn so weit entlegenen Gegend muß freudig bewegt sein, wenn sich die Gelegenheit bietet, daß nun ein bisher so vergessenes Gebiet auch der Segnungen einer Bahn teilhaft werden soll. Welche besondere Bedeutung die Bahn für die Oststeiermark hat, wurde schon oftmals ausgeführt, eine Bedeutung nicht nur für das Land Steiermark, sondern für den ganzen Bund. Es besteht aber noch ein besonderer Wunsch, und zwar dahin, daß man trachten möge, die Trasse zu verlegen, um dadurch noch mehr wirtschaftliche Gebiete zu erschließen, daß man sich mehr der Gnaser, Jagerberger und St. Peter Gegend zuwenden möge. Ich hoffe zuversichtlich, daß, wenn sich nur halbwegs die Möglichkeit hiezu ergibt, dieser Bitte Rechnung getragen werden wird. Es würde sich dadurch auch eine größere Rentabilität dadurch ergeben, wenn diese Bahn, wie ich schon erwähnt habe, näher dem erwähnten Gebiete geführt würde. Ich glaube sicherlich, daß dann, wenn nicht alljährlich, so doch was das Obst anbelangt, alle zwei Jahre Lieferungen sein werden, die Hunderte von Waggons betragen werden, die heute aber von Sankt Peter, Gleichenberg nach Felzbach geführt werden müssen. Dies würde nun entbehrlich werden, aber auch noch viel andere Produkte würden besser verwertet werden können, wenn man die Bahn näher an dieses Gebiet führen würde. Die Bevölkerung hat eben dadurch eine schlechtere Einnahme, bzw. die Einnahmequellen sind minder, weil sie die in der Landwirtschaft erzeugten Produkte zu weit zur Bahn führen muß, da das Fuhrwerk immer sehr viel von dem wegnimmt, was sonst der Landwirt, der Gewerbetreibende, als Einnahme zu verzeichnen hätte. Ich muß auch meiner Freude besonderen Ausdruck darüber verleihen, daß im Eisenbahnausschusse der einstimmige Beschluß ge-

faßt wurde, diesen Bahnbau endlich der Verwirklichung zuzuführen, daß besonders aber auch in Erwägung gezogen wurde, daß schon eine Teilstrecke ausgebaut ist und man von allen Mitgliedern des Ausschusses die Bemerkung machen konnte, welch ein lebhaftes Interesse sie daran haben, der verlassenen Oststeiermark eine kleine Verbesserung angeeignet zu lassen. Ich habe nun nur noch die Bitte an das hohe Haus zu richten, es möge der Wunsch der Bevölkerung dieses Gebietes endlich einmal in Erfüllung gehen und es möge dieser Antrag eine einstimmige Annahme finden. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Dr. Oberegger: Hohes Haus! Die heutige Regierungsvorlage ist von dem Standpunkte aus, von welchem sie auch von dem Vertreter der Regierung dargelegt wurde, auf das wärmste zu begrüßen. Es ist dies der Anfang eines größeren nachfolgenden Werkes, und ist auch nur als ein solcher gedacht. Wenn es demalen auch nur möglich ist, einen Teil jenes Planes durchzuführen, der seinerzeit gerade für diese Gegend gedacht war, das Teilstück Feldbach—Gleichenberg der ganzen Linie Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg auszubauen, so hoffe ich doch auf Grund der Darlegungen, daß es in Zukunft möglich sein wird, die Bahn bis zum ursprünglich geplanten Ende, bis Radkersburg, auszubauen. Gewiß ist es richtig, daß heute jene großzügige Verkehrspolitik, die uns bis zu den Gestaden der Adria führen sollte, nicht möglich ist, weil die Zweckmäßigkeit in Wegfall gekommen ist, aber es ist ein anderes Moment heute in Erscheinung getreten, das uns besonders verpflichtet, jener Gegenden zu gedenken, die damals eine Verbindung zu erhalten gehabt hätten. Die Verstümmelung unseres Landes durch den Frieden von St. Germain macht sich besonders in jenen Gegenden bemerkbar, welche in Radkersburg ihren Mittelpunkt sehen, und wir haben deshalb als Vertreter der Steiermark die Verpflichtung, dahin zu wirken, daß gerade diese Landstriche, die an der Grenze gelegen sind, eine möglichst innige Verbindung mit dem Zentrum des Landes finden. Darum gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß für die Zukunft dahin gesorgt werde, daß das ursprüngliche Projekt vollständig ausgebaut werde, daß die Linie Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg seine Durchführung späterhin finden möge, und ich glaube auch, daß in diesem Sinne die Zustimmung zu dem heutigen Antrage im allgemeinen vom hohen Hause aufgefaßt werden soll, daß die Grenzgebiete in erster Linie ein Recht darauf haben, unserer besonderen Fürsorge teilhaftig zu werden. (Beifall.)

Gföller: Hohes Haus! Auch meine Partei hat schon von vorneherein im Ausschusse für die dringliche Behandlung und für das meritorische des Antrages gestimmt. Wir sind uns der Wichtigkeit dieses neuen Bahnbaues voll und ganz bewusst und haben aus diesem Grunde vor allem diesen Bahnbau befürwortet. Gerade solche Arbeiten haben wir heute sehr notwendig. Wir haben immer wieder im Finanzausschusse und auch hier im hohen Hause darauf hingewiesen, daß wir der Meinung sind, daß unsere Volkswirtschaft nicht nur durch das Sparen allein gesunden kann, sondern, daß wir einerseits unserer Bevölkerung wirtschaftliche Vorteile schaffen müssen und daß andererseits die Be-

schäftigung so beschaffen sein muß, daß gleichzeitig die Ausgabe als eine produktive Ausgabe gewertet werden kann. Hier handelt es sich um ein Projekt, das auf der einen Seite einer größeren Anzahl von Arbeitern am Bahnbau Beschäftigung verschafft, die Arbeitslosigkeit kann gemildert werden und andererseits bedeutet diese Arbeit wieder eine produktive Ausgabe, weil neue Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft, der Wirtschaft unseres Landes erschlossen werden können. Wir möchten nur wünschen, daß auch die anderen Parteien nicht nur in dem einen Falle derselben Ansicht wie in diesem Falle sind, sondern öfters auf unsere Anregungen eingehen würden und etwas weitherziger bei solchen Ausgaben sein würden, weil diese Ausgaben sind, die ja doch wieder der Volkswirtschaft zugute kommen. Wir können uns nicht nur dadurch sanieren, daß wir alle Ausgaben systemlos drosseln, sondern wir müssen vor allem Kapitalien produktiv in unserem Lande anlegen und gerade Bahnbauten sind von großer Bedeutung für die Volkswirtschaft. Dadurch erschließt man ein großes unerforschtes landwirtschaftliches Gebiet dem Wirtschaftsleben von Steiermark, ein solcher Bahnbau hat sicher ungeheure anregende Wirkung auf die ganze Wirtschaft unseres Landes, andererseits hat auch die Industrie Vorteile davon, weil die Landwirtschaft kaufkräftiger wird, wenn sie ihre Produkte besser verwerten kann und dadurch kommen auch wieder der Industrie Vorteile zugute. Nicht zu vergessen ist auch, daß durch einen Bahnbau der Fremdenverkehr ungemein belebt wird und gerade wir in Österreich in einem Lande sind, das vornehmlich auf den Fremdenverkehr als Einnahme angewiesen ist und aus dem Grunde wir alles zu tun, praktisch zu unternehmen hätten, um den Fremdenverkehr auch wirklich zu beleben. Ich möchte nun auf einen Gesichtspunkt noch aufmerksam machen. In früherer Zeit hat man Bahnen nur aus strategischen Rücksichten gebaut, heute haben vielleicht auch diese Rücksichten zu walten, aber strategisch nach der Hinsicht, daß wir immer darauf bedacht sein müssen, daß Bahnbauten imstande sind, der Volkswirtschaft unseres Landes neue Impulse zu verleihen und im vorliegenden Falle handelt es sich um einen solchen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir es für gut halten würden, wenn das Eisenbahnreferat sich daranmachen würde, ein großes Programm auszuarbeiten, welche Bahnen in Steiermark noch zu bauen sind, welche Bahnen in nächster Zeit und welche in fernerer Zeit gebaut werden könnten, denn wir haben ja in Steiermark noch andere Gebiete, die dem steirischen Wirtschaftsleben sozusagen nicht erschlossen sind. Ich möchte da nur auf ein Gebiet verweisen, das zu Steiermark gehört, wirtschaftlich aber nach Niederösterreich gravitiert, weil es mit Steiermark keine Bahnverbindung hat. Ich denke da an Mariazell-Gußwerk, es sind hier alte Pläne vorhanden, die darauf abzielen, daß von Au-Seewiesen eine Verbindung nach Gußwerk hergestellt werde. Wenn es nun nicht möglich ist, in der nächsten Zeit diese Projekte durchzuführen, so könnte doch das Referat darangehen, sich alle diese Projekte, die zum großen Teile vorliegen, anzusehen und dann diese Projekte systematisch zusammenzufassen, damit wir zu

einem System des Ausbaues unseres Eisenbahnnetzes kommen. Wir haben noch eine andere Bahn, von der wir immer reden und von der man auch hört, daß beinahe alle Vorarbeiten getroffen sein sollen, das ist der Bahnbau Gleisdorf—Fürstensefeld, ebenfalls ein Bahnbau, der ungeheuer wichtig ist und auch neue wirtschaftliche Gebiete der Steiermark erschließen könnte. So wird es noch eine Reihe von Projekten geben, die man bei dieser Gelegenheit aufzählen könnte. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Herrn Eisenbahnreferenten dringend zu ersuchen, sich alle diese Projekte durch den Kopf gehen zu lassen und so bald als möglich dem Landtage einen Vorschlag zu unterbreiten, wie systematisch diese Arbeiten gemacht werden könnten. Wir glauben, daß diese Arbeiten außerordentlich notwendig sind, weil wir einerseits Arbeit für die Menschen brauchen und andererseits alle Ursache haben, unser wirtschaftliches Leben in Steiermark und Österreich zu intensivieren. (Beifall.)

Jenz: Hohes Haus! Es ist sehr zu begrüßen, daß der steirische Landtag darangeht, sich an den Bau einer Bahn zu wagen zu einer Zeit, wo man die albestehenden Bahnen kaum aktiv zu erhalten und das Bahnmateriale kaum in den notwendigen Zustand zu versetzen vermag. Es ist dieses Unternehmen eine notwendige Ergänzung zur landwirtschaftlichen Kulturförderung, welche der Landtag in den vergangenen Jahren mit dankenswertem Eifer unternommen hat und mehr als man es erwartet hat, ist die landwirtschaftliche Bevölkerung für diese Förderungsmaßnahmen des steiermärkischen Landtages empfänglich. Will man aber diese Förderungsmaßnahmen zu einem vollen Erfolge führen, dann muß Hand in Hand damit auch gehen die Verbesserung der Verkehrsmittel (Rufe: „So ist es!“), denn was nützt schließlich die hervorgebrachte Menge an Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Gütern, wenn dieselben nicht an den Ort des Verbrauches gebracht werden können (Rufe: „So ist es!“) und wenn die ausländischen Lebensmittel deshalb, weil sie unmittelbar an einer Verkehrsader liegen, leichter durch das Land geführt werden können, als die Erzeugnisse unserer steirischen Bauernschaft. Wir haben in den vergangenen Jahren oft die bedauerliche Tatsache feststellen müssen, daß in unseren entlegenen Gebieten Unmengen von Obst verfault sind und verfaulen mußten, weil es unmöglich war, sie an die Verbrauchsorte zu bringen. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß in entlegenen Gegenden Unmengen von Holz verfaulen müssen, weil es unmöglich ist, das Brennholz an die Verbrauchsorte zu befördern. Und in neuerer Zeit macht sich eine neue Erscheinung geltend: Durch die Förderungsmaßnahmen der Landeskultur wird heute von den Bauern mehr erzeugt, als in den vergangenen Jahren und siehe da, während man noch glaubt, Kartoffeln aus dem Auslande einführen zu müssen, finden die im Inlande erzeugten Kartoffeln keinen Absatz, während man auf dem so bequemen Wege Vieh aus dem Auslande einführt, findet man für das inländische Vieh keinen Absatz. Während man Milch aus dem Auslande hereinbefördert, findet man für die inländische Milch keinen Absatz. (Rufe: „So ist es!“)

Dies alles wegen der Schwierigkeiten in der Beförderung, wegen des Mangels an den entsprechenden Verkehrsmitteln, da weite Gebiete unserer schönen Steiermark, reich an landwirtschaftlichen Kulturen, jeder Verkehrsmittel entblößt sind.

Will man also das in Angriff nehmen und will man diese Verkehrsmaßnahmen zu einem vollen Erfolge führen zum Nutzen unserer gesamten Wirtschaft und unserer gesamten Bevölkerung, dann muß man auf dem Wege weiterschreiten, den man heute mit diesem Antrage der Landesregierung betreten hat. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dies nun nicht der letzte Schritt sein wird, der in der Verbesserung der Verkehrsmittel in Steiermark unternommen wird. Wir hoffen, daß auch die weiten Gebiete von Gleisdorf, Pischelsdorf, Pöllau, Hartberg, Ilz und Fürstensefeld bald ebenso mit dieser Fürsorge bedacht werden, wie das Gebiet von Gnas, Gleichenberg usw. Wir begrüßen es selbstverständlich, daß diese Linie in Angriff genommen wird, weil dort eine dichte Bevölkerung ansässig und das Gebiet ungemein fruchtbar ist. Wir finden es begreiflich, daß man den Bau dieser Linie zuerst in Angriff nimmt, weil ja ein Teil dieser Strecke bereits ausgebaut ist durch Maßnahmen in der Kriegszeit. Daß unsere Partei für den Ausbau dieser Bahnlinie ist und mit voller Selbstverständlichkeit für denselben eintreten wird, dafür liegt ein Beweis darin, daß Angehörige unserer Partei bereits im Juli 1919 einen Antrag auf Ausbau der Bahnlinie Feldbach—Gleichenberg—Purkla im steiermärkischen Landtag eingebracht haben. Es waren das die Herren Abg. G u t m a n n, F i n k, K ö l b l und Genossen. Leider konnte dieser Antrag zur damaligen Zeit, wo wir in die Geldentwertung hineingesunken sind, nicht zur Durchführung kommen. Wir begrüßen den Antrag nun und sehen den Erfolg des stabilisierten Geldwertes darin, daß der damalige Antrag nun endlich heute zur Ausführung kommen kann. (Lebhafter Beifall.) Wir geben uns der Hoffnung hin, daß man im Zuge des Baues dann nicht bei Gnas und Gleichenberg stehenbleiben und halt machen wird, sondern im Arbeitseifer fortfährt und die Bahn bis an die Murlinie, bis an die untere Bahnlinie weiter fortführen wird, denn wir halten es für eine Pflicht des steiermärkischen Landtages und seiner Volksvertreter, daß die Volksgenossen an der Grenze, die zuerst dem schwersten nationalen Ansturm ausgesetzt sind, mit festen Banden mit ihren deutschen Genossen im Hinterlande, sowie mit den Hauptverkehrs- und Absatzlinien verbunden werden. (Lebhafter Beifall!) Die schwere Aufgabe der Grenzbevölkerung kann von ihr nur dann erfüllt werden, wenn sie an ihren Volksgenossen im Hinterlande eine starke Stütze findet. Und diese wird geschaffen durch ein reges Verkehrsnetz, sowie durch recht innige, kurze und bequeme Verbindungen. Auch in diesem Sinne begrüßen wir den vorliegenden Antrag zur Stärkung unserer deutschen Volksgenossen an der Grenze, zur Hebung der wirtschaftlichen Kräfte der braven oststeirischen Bevölkerung. (Beifall.)

Präsident: Da sich niemand mehr zum Worte meldet, hat der Herr Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Schreckenthal: (Schlußwort): Hohes Haus! Es ist für jeden Berichterstatter im hohen Hause immer eine Freude, wenn er eine wirtschaftliche Vorlage zu vertreten hat, und zwar eine Vorlage zu vertreten hat, die von so großer Wichtigkeit und von so großer Bedeutung, wie die heutige ist. Und diese Freude wird für den Berichterstatter geradezu zum Feste, wenn er es mitmacht, daß alle Parteien des Hauses, welche sich zum Worte gemeldet haben, für die Vorlage gesprochen haben. Und ich muß sagen, es hat mich außerordentlich gefreut, daß nur Gründe angeführt wurden, welche für die Vorlage gesprochen haben und welche außerdem — aus den Ausführungen des Herrn Landesrates **Winkler** hat man das entnehmen können — den Ausblick und die frohe Hoffnung ergeben, daß mit diesem Bahnbaue nicht Schluß gemacht wird, sondern noch die Absicht besteht, eine Reihe von Bahnbauten in Steiermark auszuführen, sowohl in der Ost-, wie in der West-, als auch in der Obersteiermark. Wir wünschen nur, daß das Land Steiermark, wenn es sich nun entschließt, diesen Bahnbau in Angriff zu nehmen, über die nötigen Mittel verfügt, um dieses Projekt zur Durchführung zu bringen. Denn mit Anträgen allein kann man eine Bahn nicht bauen. Das Wesentliche dabei ist, daß die finanzielle Basis geschaffen wird. Diese ist vorläufig für diese Vorlage geschaffen und deshalb bitte ich das hohe Haus noch einmal, diese Vorlage einstimmig anzunehmen.

(Die Vorlage wird einstimmig angenommen. — Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Präsident: Ich bringe nunmehr zur Verhandlung die dringliche Anfrage der Abg. **Leichin**, **Gföller** und Genossen an den Landeshauptmann **Dr. Rinkelen**, betreffend eine Weinzollhinterziehung durch das Stift St. Lambrecht unter Beihilfe des Präsidenten der Finanzlandesdirektion **Dr. D. Pfleger**.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. **Leichin** das Wort. (Nach einer Pause.)

Nachdem der Herr Antragsteller leider im Saale nicht gegenwärtig ist, so bringe ich die nächste dringliche Anfrage der Abg. **Regner**, **Aust**, **Wallisch** und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Verwendung von Gendarmerie anlässlich der Versammlungen des Nationalrates **Dr. Seipel** in Bruck, Judenburg und Knittelfeld zur Verhandlung.

Zur Begründung der Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. **Regner** das Wort.

Regner: Hohes Haus! Ich habe heute an den Herrn Landeshauptmann in einer Angelegenheit eine Anfrage zu richten, welche nicht nur und in erster Linie unsere Partei betrifft, sondern welche die gesamte Bevölkerung berührt, und zwar deswegen, weil sie eine Form von Entdemokratisierung unserer Verwaltung darstellt, welche sich nach den Vorkommnissen leider auf einer parteimäßigen Verwendung öffentlicher Organe aufbaut. Anfangs Februar haben im Gebiete des Oberlandes, in Bruck, Judenburg und Knittelfeld Versammlungen stattgefunden, zu denen auch der Nationalrat **Dr. Seipel** eingeladen war, um in diesen Versammlungen zu sprechen. Von diesen Versamm-

lungen war nur die in Judenburg als eine öffentliche Versammlung kundgemacht, während sie an den andern Orten als Vereinsversammlungen der christlichsozialen Partei stattgefunden haben, und zwar mittelst Einladungen, die nur die Vertreter der christlichsozialen Partei in der Form von Legitimationen zur Teilnahme an der Versammlung berechtigten. Es waren somit rein christlichsoziale Parteiangelegenheiten, die hier stattgefunden haben, christlichsoziale Parteiangelegenheiten, die unter ihren Mitgliedern auszutragen gewesen wären, und wir konnten es darum nicht begreifen, daß bei diesen Versammlungen im ganzen Oberlande, besonders und zumindest aber in jenen Gegenden, in welchen diese Versammlungen stattgefunden haben, eine starke Zusammenziehung von Gendarmerie zum Schutze oder vielleicht als Dekoration, zur Hebung des Eindruckes dieser Versammlungen stattgefunden hat. Wir müssen darum schon feststellen, daß diese Zusammenziehung von Gendarmerie für einen Nationalrat, der in diesen Gegenden rein parteimäßig Versammlungen abgehalten hat, eine etwas eigenartige Form ist in diesem republikanischen Österreich. Denn, einen Republikaner in diesem Österreich zu schützen gegen Republikaner ist ganz eigenartig. Oder denkt die christlichsoziale Partei, daß der Ketter von Österreich, der Herr der Sanierung, eine so starke Beliebtheit genießt, daß er nur unter dem Schutze eines starken Kordons von Gendarmerie in Österreich herumfahren kann? Wir glauben, das wird sich die christlichsoziale Partei denn doch nicht nachsagen lassen, daß der Ketter von Österreich — was sie ja immer behaupten — eine so starke Bewachung braucht, damit ihm die Liebe des Volkes zum Ausdruck gebracht werden kann. Ich muß daher namens meiner Partei sagen, mich wundert es, daß der Herr Landeshauptmann, der auch bei diesen Versammlungen anwesend war, daran teilgenommen hat und ganz bestimmt dieses Aufgebot an Gendarmerie gesehen hat, mich wundert es, daß der Herr Landeshauptmann, wenn er nichts davon gewußt haben sollte, nicht sofort die Frage gestellt hat: „Wie kommt es, daß da so viele Gendarmen hier zusammengezogen sind, wie kommt es, daß die Straßen und die Lokale bewacht sind und daß selbst in den Versammlungslokalen Gendarmen mit Waffen anwesend gewesen sind?“ Mich wundert es, daß von all dem der Herr Landeshauptmann nichts gesehen haben soll, und wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß der Herr Landeshauptmann als oberster Chef der Gendarmerie sicherlich diese Vorgangsweise angeordnet und verfügt hat. Wir sind der Meinung, daß der dafür verantwortliche Landeshauptmann bei dieser Beziehung sehr unverantwortlich gehandelt hat, weil es einerseits für die Bevölkerung eine Aufregung ist, wenn plötzlich bei einer Versammlung, die zur Information einer Partei abgestimmt ist, ein so großes Gendarmerieaufgebot verwendet wird, und andererseits, wenn friedliche Spaziergänger — es war an einem Sonntag — auf der Straße von Gendarmen angehalten werden, um sich auszuweisen (Rufe: „Hört!“), wo sie hingehen, daß sie angehalten werden, um sich zu legitimieren und letzten Endes sogar an ihrem Spaziergange aufgehalten werden, bis der

Wagen, in dem der Herr Landeshauptmann und der Herr Dr. Seipel gefessen sind, vorübergekommen ist. Wir sind der Meinung, Herr Landeshauptmann, daß es sicherlich nicht angeht, daß man bei einer solchen Gelegenheit, die doch eine reine private Parteiveranstaltung darstellte, ein so hohes Aufgebot von Gendarmerie verwendet. Wenn der Herr Landeshauptmann seine ständigen persönlichen Bewachungsorgane mitgenommen hätte, so wäre das mir begreiflich gewesen, daß man aber aus der ganzen Umgebung die Gendarmerie zusammenzieht, und zwar unter der Führung des Herrn Meißner, der in Knittelfeld das Kommando übernommen hat, das ist geradezu eine Provokation der Bevölkerung. Der Herr Landeshauptmann hat es sicherlich auch gewußt, daß sich die arbeitende Bevölkerung in unserem Gebiete oben ganz bestimmt nicht in einer so gehässigen Form, wie viele es aufbauen möchten, gegen den Besuch durch Doktor Seipel stellen wird. Er kennt doch die Friedfertigkeit in unserem Gebiete und weiß ganz genau, daß es bei uns nicht notwendig ist, einerseits ein so hohes Aufgebot von Gendarmen zu machen und andererseits öffentliche Mittel dazu zu verwenden. Wenn ich nun schon von den Mitteln spreche, die dazu aufgewendet wurden, so möchte ich folgendes sagen: Man spricht immer von der Sanierung, man hat, Hunderte von Menschen hinausgeworfen, und zwar deshalb, weil der Bund kein Geld hat, aber zu solchen Zwecken da ist Geld genug da, da spielt das Geld keine Rolle. Die Leute sind allerdings sehr schlecht bezahlt für die Stunden, die sie dabei verbringen müssen, sie müssen ihre freie Zeit für eine geringe Entlohnung verwenden, um zu 30, 35 oder 40 Mann oder noch mehr, wie es in Knittelfeld der Fall war, sich in dem ganzen Gebiet dort zu bewegen und dafür ein Geld zu bekommen, das der Bund sicherlich nicht überflüssig hat. Der Landeshauptmann als oberster Chef der Gendarmerie in Steiermark hat gewiß vom Bunde nicht den Auftrag, die Gendarmeriekosten um solche Beträge zu erhöhen. Wir möchten daher bitten, daß man auch bei der Verwendung der Gendarmerie das Verantwortlichkeitsgefühl als oberster Chef der Gendarmerie in der Beziehung herauskehrt, daß man die Gendarmerie zu nichts anderem verwendet, als wie zu dem Zwecke, zu dem sie da ist. Wir haben wiederholt gehört, daß die Gendarmerie zu Diensten verwendet wird, für die sie nicht bestimmt ist, zu Aufträgen, die der Herr Landeshauptmann nicht immer verantworten kann. Die immerwährende Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie in den oberen Regionen vorkommen und parteimäßig aufgebaut sind, trägt nicht dazu bei, um das Ansehen der Persönlichkeiten, die unser Land repräsentieren, zu erhöhen.

Ich erlaube mir daher im Namen unserer Partei an den Herrn Landeshauptmann folgende dringliche Anfrage zu richten (liest):

„1. Ist dem Herrn Landeshauptmann die Verwendung von Gendarmerieassistenten anlässlich der Versammlungen des Nationalrates Dr. Seipel in Bruck, Judenburg und Knittelfeld am 6. und 7. Februar bekannt?

2. Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, auf wessen Veranlassung die Beistellung von öffentlichen Sicherheitsorganen für diese Versammlungen einer politischen Partei erfolgte?

3. Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, dem hohen Hause mitzuteilen, wer die Kosten dieser Bewachung des Nationalrates Dr. Seipel durch öffentliche Beamte getragen hat?“

Ich würde den Herrn Landeshauptmann bitten, uns diese Anfragen zu beantworten, und ich will hoffen, daß in Zukunft solche Dinge nicht mehr vorkommen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Rinfelen: Hohes Haus! Es ist mir bekannt, daß anlässlich des Aufenthaltes des Herrn Alt-Bundeskanzlers Nationalrates Dr. Seipel bei den letzten Versammlungen gewisse Vorkehrungen der Behörden getroffen worden sind, ich wußte davon und ich decke diese Vorkehrungen auch. Ich muß sagen, ich habe mich über die Anfrage der Gegenseite eigentlich gewundert, denn es ist doch allgemein bekannt, daß Dr. Seipel, dessen Verdienste für Österreich von einem großen Teile der Bevölkerung mit warmer Dankbarkeit erfasst werden, bereits einmal Gegenstand eines Attentates war und man hat damals allgemein bedauert, daß es nicht möglich war, ihn vor diesem Attentate zu schützen. Eine Person, die an einer derart exponierten Stellung gestanden ist und auch heute noch steht, da sie nach dem demokratischen Prinzip als Chef der gegenwärtig führenden Partei mitzuwirken hat an der Gestaltung der Verhältnisse in unserem Staate, eine solche Person ist besonderen Gefahren ausgesetzt und es ist viel richtiger, wenn die Gendarmerie und die Polizei in unserem Staate es sich zur Aufgabe setzt, präventiv, vorbeugend, zu wirken (Rufe: „So ist es!“) und hier handelt es sich um eine Vorbeugungsmaßnahme, die gar keine Spitze gegen irgendeinen Teil der Bevölkerung oder eine Partei hat oder gehabt hat, es handelt sich um die einfache Pflicht der Vorsicht oder Vorbeugung, denn mehr als dieser Pflicht entspricht, ist nicht geschehen. Wenn der Vorredner meint, daß Passanten auf der Straße angehalten worden sein sollen, so bemerke ich, daß mir eine Beschwerde über einen solchen Vorgang nicht zugekommen ist und daß sich eine solche Anhaltung nicht aus den Instruktionen ergibt, die der Gendarmerie zugekommen sind. Das wären unter gewissen Voraussetzungen Entgleisungen im einzelnen Falle, aber das, was die in Betracht kommenden verantwortlichen Faktoren getan haben, entspricht der Pflicht der Vorbeugung und diese Pflicht ist an sich begründet aus der Position, die der Herr Alt-Bundeskanzler Dr. Seipel zur Zeit seiner Funktion als Bundeskanzler gehabt hat, und diese Pflicht ist begründet aus den vielen leider persönlichen Angriffen, die gegen ihn gerichtet worden sind, die eine Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen haben und aus der wichtigen Position, die er heute noch hat. Meine Herren, Sie müssen zugeben, daß nach dem demokratischen Prinzip nicht nur die ministerielle Verwaltung eine Bedeutung für die Gestaltung des Staates hat, sondern auch die verantwortlichen Parteien, die die Geschäfte des Staates zu führen haben.

(Rufe: „Bravo!“) Ich muß daher betonen, daß meiner Auffassung nach die Vorkehrungen, die getroffen wurden, das Maß des Notwendigen nicht übersteigen, sondern einen Bestandteil der Pflicht der in Betracht kommenden Faktoren gebildet haben und nicht zum Gegenstande einer Rekrimination gemacht werden können. Es kann auch nicht eine Separation bezüglich der Kostentragung verlangt werden, nachdem der Schutz jedes einzelnen Bewohners des Staates eben Aufgabe der Behörde ist, manchmal macht er geringe, manchmal größere Auslagen, das hängt eben vom einzelnen Falle ab. Ich muß zurückweisen, daß die Gendarmerie irgendwie zu parteipolitischen Zwecken gebraucht worden wäre. (Wallisch: „Das werden wir schon nachweisen!“) Ich war ja selbst in allen drei Versammlungen, in den Versammlungen selbst habe ich keinen Gendarmen, wenigstens keinen im Dienste befindlichen gesehen. Dazu kommt noch, daß es sich um größere Menschenansammlungen gehandelt hat, das werden die Herren ja wissen, und daß bei großen Menschenansammlungen als solche immer für ein entsprechendes Wachaufgebot gesorgt wird. Ich muß also zusammenfassend sagen, daß ich diese Vorgänge, die von Seite des Herrn Vorredners zum Gegenstande der Beschwerde gemacht worden sind, nicht als die amtlichen Organe belastend erkennen kann, sondern daß ich mich für verpflichtet halte, sie vollkommen zu decken und daß, falls einzelne Vorfälle gewesen wären, die zu Beschwerden Anlaß gegeben hätten, ich bitten müßte, diese mir im Detail bekanntzugeben, um zu diesen dann im einzelnen Stellung nehmen zu können. (Beifall.)

Oberzaucher: Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede.

Präsident: Ich stelle die Unterstützungsfrage.

(Nach einer Pause.) Die Unterstützung ist gegeben. Ich erteile dem Herrn Abg. Wallisch das Wort.

Wallisch: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat auf die Anfrage meines Kollegen eine Antwort erteilt, mit der wir uns absolut nicht zufriedengeben können. Der Herr Landeshauptmann sagt, es sei Aufgabe der Behörde, für den Schutz jedes Einzelnen zu sorgen. (Rufe bei den Christlichsozialen: „So ist es!“) Sehr richtig, „so ist es,“ wird gerufen von der Gegenseite. Wenn das immer geschähe, würden wir uns nicht auslehnen, würden wir kein Wort verloren haben, obwohl wir keine Ursache haben, um den Schutz der Behörde anzufuchen. Wir können aber Fälle in Steiermark anführen, wo sozialdemokratische Versammlungen nicht abgehalten werden konnten (Prisching: „St. Lorenzen im Mürztal!“). Herr Landeshauptmannstellvertreter, St. Lorenzen ist auch wieder ein eigenes Kapitel, aber reden wir lieber von der Oststeiermark. Als dort von Seite der sozialdemokratischen Partei Versammlungen einberufen wurden, ist auf einmal gesagt worden, wenn die Referenten herkommen, garantieren wir nicht, daß sie von hier wieder fortkommen und so mußten solche Versammlungen abgesagt werden. Ich habe da meine persönlichen Erfahrungen in der Oststeiermark (Seiterkeit bei den Christlichsozialen.), wo die christliche Nächstenliebe herrscht, wo

man einfach sozialdemokratische Redner durchgeprügelt hat. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) Es ist sehr bezeichnend für Sie, daß Sie darüber noch lachen können. Das ist eine Schande der christlichsozialen Partei und ein katholischer Geistlicher, wie Pfarrer Zenj, soll sich entrüsten darüber, soll sich schämen, daß so etwas vorkommen kann und anstatt dessen lachen die Herren darüber. (Zenj: „Am Schlusse Ihrer Rede werde ich mich entrüsten!“) Wir haben das wiederholt der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Wenn dann ein solcher sozialdemokratischer Redner oder ein sozialdemokratischer Funktionär zu den Behörden gegangen ist, wurde ihm erklärt: „Wären Sie nicht hergekommen, so wäre Ihnen nichts passiert.“ Das ist die Antwort, die Sozialdemokraten erhalten und wenn ein christlichsozialer Funktionär wohinkommt, muß gleich ein ganzes Heer von Gendarmerie ausrücken. Doktor Seipel ist doch nur ein reiner Parteiagitator. Es ist richtig, er ist der Führer der christlichsozialen Partei und hat das Recht, überall zu sprechen. Dieses Recht wird ihm nicht aberkannt. Es wäre ihm auch gewiß nichts passiert, da man sich ja ohnehin nicht getraut hat, in eine öffentliche Volksversammlung zu gehen.

Es ist gerade heute die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt worden, was in der Oststeiermark mit dem Oberlehrer einer Schule geschehen ist, wo der Unterricht gefährdet war. Da ist eigens ein Vertreter der Landesregierung hingekommen, um sich zu überzeugen, was geschehen ist und anstatt die Gendarmerie heranzuziehen und anstatt zu sagen: Du Pfarrbauernrat, Du hast Deine Kompetenz überschritten, Du hast etwas getan, was sich nicht gehört, ist dieser Vertreter der Landesregierung, nachdem er sich im Pfarrhof Informationen geholt hat, zu dem Amtsorgan, dem Oberlehrer, gekommen, der gegen den Terror geschützt werden sollte und hat diesem gesagt: „Es wird das Gesteiteste sein, daß Sie gehen, es wird besser sein, wenn Sie dem Terror nachgeben. Dieses Amtsorgan ist nicht geschützt worden, aber der Parteiführer der Christlichsozialen wird geschützt, obwohl er nicht gefährdet war. Meine Herren, es heißt, man will Doktor Seipel gegen Attentate schützen. Die 25 oder 30 Gendarmen würden, wenn jemand so eine Absicht hätte, Dr. Seipel auch nicht beschützen können. Die Gendarmen sind ja nicht immer mit dem Nationalrat Dr. Seipel mitgegangen, sondern waren nur in der Nähe des Versammlungslokales. Wollte also jemand etwas tun, so hätte er das auch außerhalb der Versammlung tun können. Es ist aber nur der Schutz einer politischen Veranstaltung, und zwar der Schutz einer politischen Veranstaltung der Mehrheitspartei, das aber meine sehr Verehrten, können wir unter gar keinen Umständen zulassen. Der Herr Anfragsteller, Kollege Regner, hat ausdrücklich hervorgehoben, daß Passanten belästigt worden sind. Da soll sich der Herr Landeshauptmann nicht begnügen, nur zu sagen, wenn mir so etwas bekannt gegeben wird, werde ich den Fall untersuchen lassen; es soll die Mitteilung des Kollegen Regner genügen, das Notwendige zu veranlassen. Wir haben auch erwartet, daß der Herr Landeshauptmann uns sagen wird, das, was der Herr Abg. Regner hier mitgeteilt hat, das wird unter-

sucht werden, und er wird mitteilen, was er in dieser Angelegenheit tun kann. Aber nur eine nichtssagende Antwort zu geben, das können wir nicht zulassen. Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Herr Landeshauptmann die Gendarmerie voll und ganz deckt und erklärt, jeder wird geschützt. An dieses Wort werden wir anknüpfen, wenn in Zukunft irgend eine sozialdemokratische Versammlung durch Terror gefährdet sein wird. Dann werden wir den Herrn Landeshauptmann mit dem gleichen Rechte auffordern, daß er auch sozialdemokratische Versammlungen gegen den Terror der christlichsozialen Pfarrbauernräte beschützen soll. (Beifall.)

Winkler: Verehrte Damen und Herren! Ich gehöre nicht zu den Parteigenossen des Alt-Bundeskanzlers Dr. Seipel und habe nicht die Absicht, ihn zu verteidigen. Es ist aber notwendig, auch unsererseits festzustellen, daß wir an dem erhöhten Schutze Dr. Seipels in Form der Beistellung von Gendarmerie durch die Behörde nichts Besonderes finden, weil er eine wirklich so international bekannte, exponierte Persönlichkeit ist, die sehr starken Angriffen in der Presse und sonst ausgesetzt ist, daß es daher sicher besser ist, wenn vorgebeugt wird, als wenn ein Malheur geschieht, das nachher nicht repariert werden kann. Das ist unsere Auffassung über die Beistellung von Gendarmerie und Polizei, weil wir sagen, das muß für jeden Fall gelten, wenn die Gefahr besteht, daß irgend eine Veranstaltung der Partei Anlaß geben kann zu Explosionen. Dazu ist ja die Gendarmerie da, dafür wird sie bezahlt. Ich gestatte mir aber zu bemerken, daß manchmal vielleicht etwas zu viel des Guten getan wird. Wenn zum Beispiel bei einer Versammlung des Nationalrates Luffenberger, der eine nicht so international bekannte Persönlichkeit ist, Gendarmerie beige stellt, so ist das nicht recht begreiflich. Es hat zum Beispiel eine Fahnenweihe in Hengsberg gegeben. Dort hat man sich gefürchtet vor einem Zusammenstoße, weil der bekannte Pfarrer von Hengsberg erklärt hat, er weicht die Fahne nicht ein, so daß ein anderer hat herkommen müssen. Da hat man auch Gendarmerie beige stellt. Das ist unsere grundsätzliche Einstellung zu dieser Frage. Aber eines hätte uns interessiert vom Herrn Landeshauptmann zu erfahren. Schließlich sind das doch Agitationsreisen; Doktor Seipel kommt doch im Namen seiner Partei, er will das Programm seiner Partei breiten Massen vermitteln und deshalb, weil er bekannter ist, als andere christlichsoziale Politiker, ist der Zulauf größer. Ich sehe ihn als Parteimann in diesen Versammlungen und da ist mir folgendes aufgefallen: Bei seiner letzten Anwesenheit in Radkersburg war plakatiert: „9 Uhr große Vorstellung der Bürgermeister, 10 Uhr der Bezirksvertretung, 11 Uhr Empfang der Behörden, des Bezirkshauptmannes usw.“. Das ist nach meiner Meinung doch etwas zu weit gegangen, wenn er als Parteimann in die Versammlungen kommt. Da hätte es mich interessiert, zu erfahren, ob ein Dienstauftrag vorliegt, ob mit Nachdruck die Bürgermeister eingeladen wurden (Wallisch: „Weh dem, der nicht hingeh!“), ob die Behörden sich tatsächlich bemüht haben, dieses Programm aufzustellen, denn das wäre nach meiner Meinung zu weit gegangen. Wenn ich auch

anerkenne, daß Dr. Seipel sich ein gewisses Verdienst um die Republik erworben hat, so muß ich sagen, daß er heute, wenn er in die Versammlung geht, als Parteimann dorthin geht, und da ist es nach unseren Begriffen nicht angängig, daß Bürgermeister und Bezirksvertretungsmitglieder stellig gemacht werden, daß die Behörden stellig gemacht werden, daß der ganze amtliche Apparat aufgeboten wird, daß das Maß überschritten wird, das ihm an Achtung entgegengebracht werden soll. Von diesem Gesichtspunkte betrachten wir die Agitationsreisen des Dr. Seipel. Ich würde sehr dankbar sein, wenn der Herr Landeshauptmann sagen würde, ob Aufträge in dieser Richtung vorliegen oder nicht.

Steiner: Hohes Haus! Ich habe namens der Großdeutschen zur vorliegenden Angelegenheit folgende kurze Erklärung abzugeben: Wir Großdeutschen erblicken in dem Umstande, daß die Landesregierung einem ehemaligen hohen Funktionär, einer Persönlichkeit von internationalem Rufe, einen gewissen behördlichen Schutz gewährt, keinen Übergriff der Landesregierung. (Wallisch: „Sie dürfen ja nichts sagen!“) Wir glauben vielmehr, daß eine Persönlichkeit, die längere Zeit an der Spitze des Staates gestanden ist, unbeschadet der Parteizugehörigkeit, jedenfalls mit Rücksicht auf den Ruf und die Bedeutung, die sie im Staate eingenommen hat, eines gewissen Schutzes bedarf, umso mehr, als sie bereits einmal einem Angriffe auf das Leben ausgesetzt war. (Beifall bei den Christlichsozialen und Großdeutschen.)

Aust: Hohes Haus! Wir sind es schon gewohnt, daß bei ähnlichen Anlässen immer wieder vom Herrn Landeshauptmann ganz offen aufgezeigt wird, daß er es verstanden hat, im Laufe der letzten Jahre die Gendarmerie Steiermarks zu einer Parteigarde zu stampeln. Aus diesen Erwägungen heraus ist es notwendig, daß wir immer wieder aufzeigen, daß sich die Industriebewölkerung diese einseitige Charakterisierung für die steirische Gendarmerie nicht gefallen läßt. Der Herr Landeshauptmann gibt ganz offen zu, daß er im Interesse der Ordnung, zum Schutze des Bundeskanzlers die Anordnung bezüglich Überwachung bei den in Frage stehenden Versammlungen gegeben hat. Wenn nun damit gesagt werden soll, daß diese Vorkehrungen notwendig waren, daß die Sicherheitsmaßnahmen in diesen drei Industrieorten geboten erschienen, so möchte ich wiederholen, was der Herr Abg. Wallisch gesagt hat: es wäre ganz ausgeschlossen gewesen, daß die aufgebotene Gendarmerie Demonstrationen verhindert hätte, wenn die Arbeiterschaft von Bruck, Knittelfeld und Judenburg solche beabsichtigt hätte. Wenn Landesrat Winkler der Meinung ist, man müßte Anlässe zu Explosionen durch Herbeiziehung von Gendarmerie verhindern, so sind wir der Meinung, daß gerade die Heranziehung von Gendarmerie den Anlaß zu Explosionen bieten kann. Daß die Arbeiterschaft besonnen genug war, diesen Anlaß vorübergehen zu lassen, ist ein Beweis dafür, daß man einerseits über die notwendige Disziplin verfügt und daß andererseits die Arbeiterschaft über diese Versammlungen des Herrn Nationalrates zur Tagesordnung übergegangen ist.

Verlezend und für uns aufreizend war die Form, mit der man diese Überwachung organisierte. Aufreizend war auch die Person, in deren Händen diese Organisation gelegen ist. Man hat wieder den Herrn Oberinspektor Meißner aus Judenburg damit beauftragt, den Mann, der immer wieder als Amtsperson es für notwendig findet, seinen Haß gegen die Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen, jener Mann, von welchem wir in diesem hohen Hause unwiderprochen festgestellt haben, daß er mit Stolz sich rühmte, er würde wieder einmal Gelegenheit haben, auf Rotwild zu jagen (Regner: „Pui!“). womit er die sozialdemokratischen Arbeiter bezeichnete, jener Mann, der ein ausgesprochener Hakenkreuzler ist und dessenungeachtet sich der Gunst des Landeshauptmannes erfreut, und der dazu ausersehen war, die Abwehrmaßnahmen anlässlich dieser Seipel-Versammlungen zu organisieren. Sie können es begreiflich finden, daß die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft darüber empört sind, wenn sie sehen, daß ausgerechnet der Oberinspektor Meißner nach Knittelfeld kommt, um hier zu überwachen, ob die Anordnungen des Landeshauptmannes auch einwandfrei durchgeführt werden. Wir glauben aber sagen zu können, daß gerade Meißner ohne Wissen des Landeshauptmannes es war, der in Knittelfeld die Gendarmerie auch in die Versammlung des Dr. Seipel beorderte. Der Landeshauptmann gibt zu, daß er von der bewaffneten Macht in diesem Versammlungsraume nichts gesehen hat. Die Waffen wurden auch nicht offen, sondern versteckt getragen. So mußte man das Schauspiel erleben, daß man mitten unter die Versammlungsteilnehmer Gendarmerie verteilte, damit bei einer Demonstration gleich die bewaffnete Macht zur Verfügung stehe. Man sollte meinen, daß die Organisation bezüglich des Zutrittes zu dieser Versammlung so gut funktionierte, daß niemand in dieses katholische Arbeiterheim in Knittelfeld hineinkam, der nicht ein punzierter Christlichsozialer war (Regner: „Nicht der Huber!“), daß es also gar nicht notwendig war, auch unter die Versammlungsteilnehmer die bewaffnete Macht zu verteilen. (Leichin: „Die Großdeutschen waren auch dabei!“) Die hatten es notwendig, in diese Versammlung zu gehen, weil sie nicht mehr eine eigene Partei sind, sondern das Anhängsel der Christlichsozialen Partei. Vom Herrn Präsidenten Steiner war es nicht notwendig, daß er wieder vor dem Herrn Landeshauptmann seinen Kniefall machte (Steiner: „Das war kein Kniefall, sondern eine Erklärung!“), der Herr Landeshauptmann weiß ohnehin ganz genau, wie er die Großdeutschen in diesem hohen Hause einzuschätzen hat. Ausgerechnet die Großdeutschen müssen, wie immer bei solchen Anlässen, ihrer Reverenz Ausdruck verleihen.

Sehr wichtig waren die Ausführungen des Herrn Landesrates Winkler — ich gestehe ehrlich, daß wir auf diesen wichtigen Punkt vergessen haben — der sich darauf bezieht, daß man bei diesen Versammlungen der Christlichsozialen Partei, in welchen Nationalrat Dr. Seipel spricht, auch die verschiedensten Vertreter der Behörden aufmarschieren läßt. Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes hinsichtlich

dieser Seite, wäre uns sicherlich interessant, denn es ist Tatsache, daß auch in Bruck und Judenburg die Vertreter der verschiedenen Behörden ausgerufen sind. Natürlich ist es auch, daß die Vertreter der großdeutschen Volkspartei, Abg. Hornik in Bruck und der Großdeutsche Vizebürgermeister Opitz in Judenburg das Bedürfnis hatten, dem Herrn Alt-Bundeskanzler zu erklären, daß sie hocherfreut sind, daß er diese Orte mit seiner Anwesenheit beehrt. (Hornik: „Sicher mehr erfreut, als wenn Ihr kommt!“) Das glaube ich, Ihr habt es auch notwendig und wir wissen ja, warum Ihr diese Verbeugungen macht, der Lohn wird bei den nächsten Wahlen nicht ausbleiben. Tatsache ist, daß bei diesen obersteirischen Versammlungen eine offizielle Begrüßung, genau so wie in Radkersburg zu verzeichnen war, und es wäre uns erwünscht, wenn uns der Herr Landeshauptmann zur Kenntnis bringen würde, ob er auch für diesen Aufmarsch der Vertreter der Behörden die Deckung übernimmt, ob auch in diesem Falle von Seite des Landeshauptmannes die notwendigen Weisungen ergangen sind. Die Herren können überzeugt sein, daß die Arbeiterschaft der in Frage kommenden Industrieorte gar kein Bedürfnis hatte, die Versammlungen des Alt-Kanzlers Doktor Seipel zu stören, es war also ein Sicherheitschutz sicherlich nicht notwendig, und ich glaube sagen zu können, daß wir auch künftighin politische Versammlungen der christlichsozialen Partei in keiner Weise belästigen werden. (Bravorufe bei den Christlichsozialen.) Ich muß aber schon bitten, daß Provokationen, wie sie anlässlich dieser letzten Versammlungen durch das Aufgebot an Gendarmerie zu verzeichnen waren, künftighin unterbleiben mögen. Ich glaube sagen zu können, daß sich die Arbeiterschaft in Industrieorten solche Herausforderungen weiterhin nicht gefallen lassen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Rintelen: Was die einzelnen Fragen und Rekriminationen der Herren Vorredner anbelangt, so habe ich folgendes zu bemerken.

Was die Anfrage des Herrn Landesrates Winkler anbelangt, so bemerke ich, daß niemals irgendeine Weisung oder ein Auftrag ergangen ist, sich beim Empfange oder bei der betreffenden Veranstaltung zu beteiligen. Ein Auftrag wäre theoretisch nur denkbar an Organe, welche dem Landeshauptmann unterstehen. Gemeindevorsteher kommen überhaupt nicht in Betracht, daher ist es ausgeschlossen gewesen, daß ich diese, wie Herr Landesrat Winkler meinte, zu diesen Versammlungen stellen gemacht hätte, das würde auch verfassungsrechtlich nicht entsprechen. (Wallisch: „Lesen Sie das Plakat!“) Das Plakat geht nicht von mir aus, sondern von den örtlichen Vereinen und Organisationen. (Wallisch: „Von der Christlichsozialen Partei!“) Die Christlichsoziale Partei hat nicht die Macht, irgend jemanden stellen zu machen. Daß die eigenen Christlichsozialen Bürgermeister kamen, war Parteisache, Sache des Vertrauens, sie waren nicht stellen gemacht und wenn vielleicht auch bauernbündlerische Bürgermeister dort gewesen sind, so waren auch diese nicht stellen gemacht, es war dies eine Art Interesse für die Sache oder sie haben es als Courtoisie empfunden

und daß man Anhängern einer anderen Partei Vorwürfe macht, daß sie an diesen Versammlungen teilnahmen, ist mir unverständlich. Wenn ein Bürgermeister eines Ortes, wenn er auch großdeutsch gesinnt ist, sich beim Empfange des Führers einer Partei, der sich große Verdienste um den Staat erworben hat, beteiligt, so betrachte ich dies als eine Art Courtoisie, da er hier offiziell nur der Erfüllung seiner Repräsentationsverpflichtungen nachkommt. Es ist aber ungerecht, daß er, wenn er dieser Intention Rechnung trägt, fürchten muß, daß ihm an den Kopf geworfen wird, er habe vor dem Landeshauptmann einen Kniefall gemacht. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich bemerke, daß ich außerordentlich großes Gewicht darauf lege, wenn eine andere Partei, die ja auch dazu nicht verpflichtet ist, in gewissen Angelegenheiten, in wichtigen Fragen des Landes, mit uns zusammenarbeitet, so nehme ich das außerordentlich dankbar zur Kenntnis, aber wir haben eine so große objektive Auffassung von uns und den anderen Parteien, daß wir die Übereinstimmung der Gesinnung in einem gewissen einzelnen Falle nicht als eine Art Kniefall betrachten.

Der Herr Abg. Wallisch hat mir vorgeworfen eine mangelnde Loyalität in Bezug auf die gleichmäßige Behandlung sozialdemokratischer Versammlungen in der Oststeiermark. Ich bemerke, daß diesbezüglich an mich nur ein Verlangen gestellt worden ist, und zwar wegen einer Versammlung in Hartberg. Da hat die sozialdemokratische Partei sich an mich gewendet, und zwar nicht als Landeshauptmann, sondern als Parteichef, daß die Versammlung nicht verhindert werde, ich habe interveniert und meines Wissens ist das Hindernis weggefallen. (Wallisch: „Die Versammlung konnte nicht stattfinden!“) Meines Wissens habe ich damals das Hindernis beseitigt, wenn die Versammlung nicht stattgefunden hat, so ist das eine Sache, die außerhalb meines Verantwortungsbereiches liegt. Ich betone aber ausdrücklich, daß ich selbstverständlich sozialdemokratische Versammlungen, wenn eine Gefahr besteht, gerade so schützen werde, wie jede andere. (Zwischenrufe von Seite der Sozialdemokraten.) Ich habe dies auch wiederholt getan. Wie seinerzeit Ihre Herren in der Regierung waren und hier in Graz Versammlungen abgehalten wurden, habe ich selbstverständlich immer für einen entsprechenden Schutz gesorgt, ohne daß ich das ausdrücklich betonte, weil dies meine Pflicht war. (Bichl: „Wo ist das geschehen?“) Das ist wiederholt bei Versammlungen gewesen zur Zeit, als Ihre Herren in der Regierung waren. Auch für die Versammlung in der Industriehalle habe ich die notwendigen Vorkehrungen getroffen; es ist vorher ein Funktionär aus Wien gekommen, mit dem die Vorbereitungen besprochen wurden. So wie ich die Funktionäre, die nur für Steiermark in Betracht kommen, schütze, so werden auch die Funktionäre Ihrer Partei geschützt, weil sie genau denselben Anspruch haben, wie jeder andere Funktionär. Sie werfen mir vor, daß ich immer sage, daß ich präventiv, vorgehend, schütze und sagen, es wäre ohnehin bei diesen Versammlungen zu nichts gekommen. Ich bitte, schauen Sie nach Zeltweg bei Judenburg. Vor zwei Jahren ist dort eine christlichsoziale Fahnenweihe auf

das schwerste getroffen worden, die Fahne wurde zerstört und es hat einige schwere Verwundungen gegeben. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß auch hier, wo es zu schweren Ausschreitungen gekommen ist, daß werden Sie mir zugeben, der Schutz notwendig war, aber man hatte den Angriff nicht erwartet. Wir sind nun gewißigt und haben die nötigen Vorkehrungen getroffen und es kann uns niemand einen Vorwurf machen, wenn wir vorgehende Arbeit leisten und es nicht zu Ausschreitungen kommen lassen.

Ich muß auch die Angriffe zurückweisen, die gegen Meizner gerichtet worden sind. (Regner: „Ist das vielleicht nicht wahr?“) Sie sind nicht erwiesen. (Leichin: „Sie sind erwiesen!“) Mir ist diese Behauptung in keinerlei Weise erwiesen. Meizner hat nur seine Pflicht erfüllt (Rufe: „Oho!“), er ist gerade so wenig unser Parteimann als Ihr Parteimann, aber ich bin als Landeshauptmann verpflichtet, die Angehörigen eines Beamtenkörpers, wenn sie ihre Pflicht erfüllen, zu schützen, welcher Partei immer sie angehören und wir werden uns von keinem parteipolitischen Momente leiten lassen und diesbezüglich habe ich von Meizner den Beweis noch nicht erhalten. Meizner ist auch nicht speziell mit dem Schutze betraut worden, Knittelfeld und Judenburg liegen in seinem Wirkungskreis, in welchem die Vorgänge stattgefunden haben, und es wäre eine außerordentliche Maßnahme gewesen, wenn jemand anderer damit betraut worden wäre. Damit glaube ich, auf die einzelnen Punkte, die die Herren Vorredner vorgebracht haben, geantwortet zu haben. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Da niemand mehr zum Worte gemeldet ist, erscheint dieser Punkt erledigt.

Wir kommen nur zur dringlichen Anfrage der Abg. Leichin, Gföller und Genossen an den Landeshauptmann Dr. Rinkelen, betreffend die Weinzollhinterziehung durch das Stift St. Lambrecht unter Beihilfe des Präsidenten der Landesfinanzdirektion Dr. O. Pfleger.

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Abg. Leichin das Wort.

Leichin: Hohes Haus! Wir haben uns schon vor einigen Jahren damit beschäftigt, daß es dem Stifte St. Lambrecht möglich gewesen ist, zollfrei, angeblich Meßwein nach Österreich einzuführen. Damals wurde vom Herrn Landeshauptmann eine Begründung hiefür gegeben, in welcher es geheißen hat, daß es sich um Meßwein handelte, der zollfrei eingeführt werden darf. Wir haben uns schon damals gewundert über die Herren in St. Lambrecht, daß die so viel Meßwein trinken. Nun erfahren wir, daß mit Hilfe des Präsidenten der Finanzlandesdirektion abermals dem Stifte St. Lambrecht es möglich gewesen ist, zollfreien Wein aus Jugoslawien einzuführen. Uns ist bekannt, daß das Stift Lambrecht in Jugoslawien große Besitzungen hat und daß es versucht, von diesen Besitzungen Wein nach Österreich zu bringen. Nun wundert es uns, daß auf Grund eines Ansuchens des Stiftes St. Lambrecht der Präsident der Finanzlandesdirektion dem Stifte Sankt Lambrecht mit Zl. 265/5 und 265/6 die Erlaubnis er-

teilte, 108 Hektoliter Wein zollfrei nach Steiermark einzuführen, wodurch dem Bunde ein Schaden von ungefähr 60 Millionen Kronen zugefügt wurde, ein Schaden, der dadurch entstanden ist, daß die Zollgebühr hinterzogen wurde. Nun wissen wir, daß der Präsident der Finanzlandesdirektion Bundesbeamter ist, können aber nicht verstehen, wieso er sich verpflichtet fühlt, dem Stifte St. Lambrecht in dieser Weise entgegenzukommen, dem reichen Stifte den Zoll zu erlassen. Wir wissen, daß St. Lambrecht eines der reichsten Stifte in Steiermark ist und wissen, daß zum Stifte St. Lambrecht auch das einträgliche Mariazell gehört, wohin die ganze katholische Bevölkerung pilgert, um ihren Obulus abzuführen, damit die Herren von Sankt Lambrecht nicht Not leiden. Es ist für keinen Menschen verständlich, wieso ein Bundesangestellter, der vom Bunde bezahlt wird, es wagen kann, dem Stifte Sankt Lambrecht den Zoll zu erlassen, jenem reichen Stifte, dem es sicher nicht darauf ankommt, ob es um 60 Millionen Kronen mehr oder weniger hat. Es hat fast den Anschein, als ob der Präsident der Finanzlandesdirektion dem Stifte St. Lambrecht verpflichtet wäre oder ob diese Zollbefreiung auf höheren Einfluß erfolgte. Es erscheint das in der gegenwärtigen Zeit besonders merkwürdig, weil sich der Bund angeblich in besonderer finanzieller Notlage befindet, gegenwärtig im Nationalrat darüber beraten wird, wie man vor allem die Lage der Landwirtschaft verbessern, den Steuerdruck erleichtern kann. Allgemein bekannt ist, daß sich die Weinbauern in einer ganz besonders schlechten Lage befinden, dennoch wird auf diese ihre Lage nach keiner Richtung Rücksicht genommen, wenn es sich um die Eintreibung der Steuern handelt. Bisher ist es uns nicht bekannt gewesen, daß die Finanzlandesdirektion oder der Präsident derselben Rücksicht geübt hätte, wenn ein Bauer die Weinsteuer nicht hat bezahlen können. Hier handelt es sich allerdings im allgemeinen um Kleinbauern, um kleine Besitzer, um arme Teufeln, auf deren Bedürfnisse keinerlei Rücksicht genommen wird, nur das Gesetz gilt, während umgekehrt bei dem reichen Stifte der Präsident der Finanzlandesdirektion das Gesetz vergewaltigt, um seinen Interessen zu dienen. Für die große Masse der Bevölkerung, für die Allgemeinheit, ist diese Handlungsweise nicht verständlich, vor allem nicht von einem Beamten des Bundes, der die Interessen des Bundes nach jeder Richtung wahren soll. Wir haben vorhin vom Herrn Landeshauptmann gehört, daß er da ist, um für die Einhaltung der Gesetze und für den Schutz der Personen zu sorgen. Auch hier handelt es sich um die Einhaltung und den Schutz der Gesetze. Wir hoffen, daß der Herr Landeshauptmann, das, was für die Verteidigung seiner Maßnahmen bei der Versammlung des einstigen Bundeskanzlers Dr. Seipel angeführt hat, auch hier tun wird. Wir stellen daher an den Landeshauptmann die Anfrage (liest):

„1. Ist der Landeshauptmann in der Lage mitzuteilen, ob die Bewilligung der zollfreien Einfuhr von Wein aus Jugoslawien für das Stift St. Lambrecht auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erfolgte und, wenn das nicht der Fall ist, wird der Landeshauptmann den dafür verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft ziehen?“

2. Was gedenkt der Landeshauptmann zu tun, um in Zukunft solche unerhörte und ungesetzliche Zollbefreiungen unmöglich zu machen?“
(Beifall bei der sozialdemokratischen Partei.)

Dr. Rinfelen: Hohes Haus! Die gegenständliche Frage entzieht sich zwar meiner Zuständigkeit, weil die Finanzlandesdirektion nicht der Landesregierung untersteht, aber ich habe mich zwecks Information, als ich hörte, daß diese Anfrage vom Herrn Vorredner gebracht wird, mit der Finanzlandesdirektion in Verbindung gesetzt. Ich bin in der Lage, folgendes, was ich auf kurzem telephonischen Wege in Erfahrung gebracht habe, zur Mitteilung zu bringen, indem ich mir vorbehalte, eine allfällige Ergänzung noch nachzutragen. Ich habe folgendes in Erfahrung gebracht: Es wurde dem Stifte St. Lambrecht auf Grund des Artikels 3, Absatz 2, des Belgrader Übereinkommens vom 23. Februar 1922 und des Zuzufübereinkommens, betreffend den Grenzverkehr, die Zollfreiheit für die Einfuhr von je 54 Hektoliter Wein aus den eigenen Weingärten in Witschein bewilligt, einmal für das Stift Sankt Lambrecht und einmal für das Superiorat in Mariazell. Die Gemeinde Witschein wird auf dem Witscheinberg am Weingut der Abtei St. Lambrecht von der Reichsgrenze durchschnitten, weshalb auf Grund des Belgrader Übereinkommens das Recht für zollfreie Einfuhr besteht. Es ist Ihnen ja bekannt, daß wir vom Anfang an immer bemüht waren, ohne Ansehung der Person für alle Besitzer in den Grenzgebieten, die durch die neue Grenzziehung schwer betroffen sind, gewisse Erleichterungen zu erlangen und zu diesen Erleichterungen gehört auch die Frage der Zollbehandlung. Deshalb ist die Behandlung der Zollfrage auch zum Gegenstande eines besonderen Übereinkommens mit Belgrad geworden und nach den Mitteilungen der Finanzlandesdirektion bewegt sich auch die Behandlung dieser Sache vollkommen im Rahmen dieses Belgrader Übereinkommens. (Beifall.)

Präsident: Nachdem sich kein weiterer Redner zum Worte gemeldet hat, ist somit auch diese Anfrage erledigt.

Präsident verkündet die eingebrachten Anträge (siehe Inhaltsverzeichnis).

Die nächste Sitzung des hohen Hauses wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 11 Uhr 55 Minuten mittags.)